Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

Feststellung		Empfehlung		Hinweise / Stellungnahme der Verwaltung
Haushaltssteuerung				
F1	Investive Auszahlungsermächtigungen überträgt die Stadt in geringerem Umfang als die Vergleichskommunen. Dabei ist der Grad der Inanspruchnahme der investiven Auszahlungen in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Der Stadt Geilenkirchen ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, das geplante Investitionsvolumen zu bewältigen. Die Stadt konnte in allen Jahren eine ausreichende Finanzierung ihrer Investitionstätigkeit sicherstellen.	E1	Die Stadt sollte einzelne Parameter bei der Übertragung von investiven Auszahlungen noch stringenter überprüfen. Ziel sollte es sein, nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufzunehmen, die die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW erfüllen und deren Umsetzung im Planjahr realistisch ist.	Der Grad der Inanspruchnahme der in den jeweiligen Haushalten veranschlagten investiven Auszahlungen war in den geprüften Jahren niedrig. Dies ist u. a. damit begründet, dass vor allem im Bereich der technischen Abteilungen (Bau) personelle Ressourcen nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung standen und Maßnahmen somit nicht adäquat vorbereitet und wie haushaltsrechtlich geplant begonnen und umgesetzt werden konnten. Im Bereich des Tiefbaus haben zudem die in der Vergangenheit politisch diskutierten Rechts- und Verfahrensänderungen im Bereich des Straßenbaubeitragsrechtes zu Verzögerungen im jeweiligen Maßnahmenbeginn geplanter Projekte geführt. Einzuräumen ist aber auch, dass die Planung der Investitionshaushalte grundsätzlich zu ambitioniert erfolgte. Dies Einplanung von Investitionen wird künftig anhand der Vorgaben aus der KomHVO stringenter gehandhabt; dies gilt auch für Ermächtigungsübertragungen.
F2	Die Stadt Geilenkirchen hat noch Optimierungsmöglichkeiten bei der Akquise von Fördermitteln. Es fehlt es an verbindlichen Prozessen und Dokumentationen zur Fördermittelrecherche.	E2.1	Die Stadt Geilenkirchen sollte die strategische Zielvorgabe formulieren, dass Fördermöglichkeiten bei der Planung aller Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen standardisiert zu prüfen sind.	Der Empfehlung wird gefolgt.
		E2.2	Klare und einheitliche Regelungen, die bei geplanten investiven und konsumtiven Maßnahmen die Prüfung der Fördermöglichkeiten inklusive einer Aktendokumentation vorsehen, würden für einen standardisierten, nachprüfbaren Prozess sorgen.	Entsprechende verbindliche Regelungen und Prozesse einschl. einem daraus folgenden Berichtswesen werden formuliert. Die Prozesse sollen auch durch eine entsprechende Software unterstützt werden, die jedoch noch beschafft werden muss.
F3	Die Stadt Geilenkirchen hat kein förderbezogenes Controlling und –berichtswesen etabliert. Dabei fehlt es auch im Bereich der Fördermittelbewirtschaftung an verbindlichen Strukturen zur Durchführung und Dokumentation. Ein transparent dokumentiertes Vorgehen bei der Fördermittelbewirtschaftung würde unterstützend dazu beitragen, Rückforderungen zu vermeiden.	E3	Die Stadt Geilenkirchen sollte ihre aktuell gelebten Prozessabläufe verbindlich und transparent festlegen. Gegebenenfalls macht es Sinn, den Prozessablauf und weitere sinnvolle Vorgaben in einer Dienstanweisung zu regeln.	siehe hierzu Stellungnahme zu E2.2, da Zusammenhang gegeben
		E3.2	Die gelebte Praxis der Stadt Geilenkirchen zur adressatenorientierten und regelmäßigen Berichterstattung sollte um ein förderbezogenes Controlling mit einem standardisierten Berichtswesen ergänzt werden.	siehe hierzu Stellungnahme zu E2.2, da Zusammenhang gegeben

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

Beteiligungen			
F1	Die Datenerhebung und -vorhaltung entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Geilenkirchen ergeben.	E1	Die Stadt Geilenkirchen sollte auf eine Digitalisierung des Beteiligungsmanagements hinwirken.
Hilfe zur Erziehung			
F1	Die Stadt Geilenkirchen kennt ihre Sozialstrukturen und führt bereits quartiersbezogene Auswertungen dazu durch, um demografische und soziale Strukturen in Geilenkirchen auf kleinräumiger Ebene besser erfassen und nutzen zu können. Diese sollen künftig in die Jugendhilfeplanung einfließen.	E1	Für die zielgerichtete Ausrichtung der Hilfen zur Erziehung ist es unumgänglich, soziostrukturelle Daten und auch Informationen zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung nach Quartieren bzw. Sozialräumen auszuwerten und diese in die Jugendhilfeplanung mit einzubeziehen. Die Stadt Geilenkirchen sollte diese Auswertungen wie geplant forcieren.
F2	In der Stadt Geilenkirchen gibt es für alle relevanten Zielgruppen präventive Angebote sowohl auf kommunaler wie auch auf Kreisebene. Ressourcen für die Koordinierung der Präventionsangebote setzt die Stadt gezielt ein. Jedoch funktionieren die angebotenen Maßnahmen und Projekte wegen der verschiedenen Trägerschaften zum Teil unabhängig voneinander und eigenständig und sind durch die Stadt nur eingeschränkt steuerbar.	E2	Die Stadt Geilenkirchen sollte das Präventionsangebot zu Präventionsketten ausbauen. Notwendige zusätzliche Akteurinnen und Akteure sollte sie in die bereits vorhandenen Netzwerke mit einbinden oder neue Kooperationen schließen.

<p>Die Grunddaten zum Beteiligungsportfolio der Stadt Geilenkirchen (Gesellschaftsverträge, Gremienbesetzungen u. dgl.) mit den wesentlichen Finanzdaten sowie die jährlichen Beteiligungsberichte werden bereits digital vorgehalten. Ebenso sind die regelmäßig anfallenden Änderungen und Erweiterungen insbesondere bei den mittelbaren Beteiligungen mit den dazugehörigen Anzeigeverfahren jeweils als digitale Akte verfügbar. In Papierform werden lediglich noch Sitzungsniederschriften (Gesellschafter-, Aufsichtsrats- und Beiratssitzungen) sowie Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne vorgehalten. Auch in diesem Bereich wird auf eine Weiterentwicklung hin zu vollständiger Digitalisierung hingearbeitet.</p>
<p>Die Empfehlung wird bereits umgesetzt. Die Jugendhilfeplanerin führt bereits ein aktualisiertes Sozialmonitoring durch. Die Stadt beteiligt sich zudem an dem vom Kreis Heinsberg gerade im Aufbau befindlichen webbasierten Kommunalen Informationssystem. Hierbei sind die Bausteine Jugendhilfe, Quartier, Wohnen, Gesundheit und Bildung für die Arbeit des Jugendamtes relevant. Die Ergebnisse der im Jahr 2016 in Zusammenarbeit mit dem Kreis Heinsberg und der RWTH Aachen erstellten Quartiersanalyse wurden bereits in zahlreiche Entscheidungen einbezogen. Beispiele: Wahl des Standortes für den Neubau von Kindergärten, Wahl der Schulen für den Einsatz einer Schulsozialarbeiterin, Aufbau des Quartiersmanagements in Bauchem.</p>
<p>Der Empfehlung wird gefolgt.</p>

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F3	Die Stadt Geilenkirchen verfügt nicht über eine schriftlich fixierte Gesamtstrategie für die Hilfe zur Erziehung, die von Politik, Verwaltungsführung und Jugendamt gemeinsam getragen wird. Strategische Planungen obliegen derzeit der Jugendamtsleitung. Diese sind nachvollziehbar aber wenig konkret und dadurch kaum messbar.	E3.1	Politik, Verwaltungsführung und Jugendamtsleitung sollten für die Hilfe zur Erziehung eine auf Geilenkirchen ausgerichtete Gesamtstrategie festlegen.	Der Empfehlung hinsichtlich einer Gesamtstrategie wird gefolgt. In der Vergangenheit wurden Teilstrategien erarbeitet und mit dem Jugendhilfeausschuss abgestimmt. Beispiele: Kindergartenbedarfsplanung sowie die daraus folgenden Entscheidungen, Einführung der sozialpädagogischen Diagnostik im Rahmen der ambulanten Hilfen zur Erziehung, Neuausrichtung der offenen Jugendarbeit.
		E3.2	Die Stadt Geilenkirchen sollte bei der strategischen Ausrichtung der Hilfe zur Erziehung und zu Steuerungsoptimierung konkrete Ziele, Zielwerte und Kennzahlen zur Messbarkeit des Zielerreichungsgrades festlegen. Dazu könnte sie auch die Kennzahlen dieses Berichts weiter fortschreiben.	Der Empfehlung wird gefolgt.
F4	Das Finanzcontrolling bei den Hilfen zur Erziehung in der Stadt Geilenkirchen überwacht schwerpunktmäßig die Abweichungen zu den Haushaltsansätzen. Gut für die Transparenz ist dabei, dass es für jede einzelne Hilfeart ein eigenes Sachkonto im Haushalt gibt. Ein Berichtswesen, welches auf steuerungsrelevanten Kennzahlen basiert, kommt für die Hilfen zur Erziehung bisher nicht zum Einsatz.	E4	Die Stadt Geilenkirchen sollte für die Hilfe zur Erziehung einen auf Kennzahlen und Zielwerten basierenden Controlling Bericht erstellen und quartalsmäßig fortschreiben.	Der Empfehlung wird gefolgt. Inzwischen wurde ein Verfahren entwickelt, durch das alle an der Bearbeitung Beteiligten zu jeder Zeit alle für jeden Einzelfall relevanten Daten einsehen und verwerten können: Beispiele: Beginn, Ende und Dauer der Hilfe, Monats- und Jahreskosten, Einnahmen, Sichtbarkeit, welche Zeiträume bereits abgerechnet sind, Ausgestaltung der Hilfe im Falle der Eingliederungshilfe, Haushaltskontrolle, Ergebnis des Vorjahres, Prognose für das Folgejahr, Gesamtübersicht über Fallzahlen und Gesamtkostenentwicklung, Übersicht über Kostenerstattungen an andere Träger oder von anderen Trägern.
F5	Das Fachcontrolling der Stadt Geilenkirchen bezieht sich weitestgehend auf den Einzelfall. Für die einzelne Hilfe bewerten die Beteiligten auch deren Wirksamkeit. Übergeordnete Auswertungen zur Wirksamkeit der Hilfen und zur Qualität der Leistungsanbieter gibt es noch nicht.	E5	Die Stadt Geilenkirchen sollte die Ergebnisse bei den Hilfen zur Erziehung anbieterbezogen nach ihrer Wirksamkeit und Aufwand aufbereiten und hieraus Erkenntnisse für Qualitätsdialoge mit den freien Trägern ziehen.	Die bisherige Arbeitsweise zur Überprüfung der Wirksamkeit von Einzelfallhilfen erscheint auch in der Darstellung der GPA aufwendig und geeignet. Der Leiter der sozialen Dienste kann nicht nur die Qualität der Anbieter, sondern auch der einzelnen dort beschäftigten Mitarbeiter beurteilen und ist in der Lage, die Mitarbeiterauswahl bei der Beauftragung einer Hilfe zu beeinflussen. Seitens des Fachamtes bestand angesichts der Überschaubarkeit des Arbeitsbereichs (ca. 200 Fälle) bisher kein Anlass, weitergehende Verfahren zur Überprüfung der Effizienz und zur Festlegung der Arbeitsprozesse zu entwickeln. Die Arbeitsweise stößt inzwischen jedoch an ihre Grenzen angesichts zunehmender Personalwechsel durch Elternzeitvertretungen, der Ausweitung von Teilzeit und Homeoffice sowie einer ständigen Erweiterung der Aufgabenpalette. Die praxisgerechten Empfehlungen der GPA kommen daher zur richtigen Zeit und werden umgesetzt.

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F6	Die Stadt Geilenkirchen verfügt nicht über schriftlich fixierte Prozess- und Qualitätsstandards im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Die Einhaltung von Prozessschritten und Verfahrensabläufen basieren auf der gelebten Praxis.	E6.1	Die Stadt Geilenkirchen sollte die Prozesse im Arbeitsfeld Hilfe zur Erziehung beschreiben und in den Prozessbeschreibungen klären, wer, mit wem was bis wann zu regeln hat. Bei Bedarf sind auch detailliertere Teilprozesse zu definieren. Zusätzlich sollte sie die Prozesse in Form von Ablaufdiagrammen und komprimierten Kurzübersichten darstellen. Eine Aussage zu Bearbeitungszeiten einzelner Teilprozesse kann eine Personalbemessung unterstützen.	Der Empfehlung wird vor dem Hintergrund der Ausführungen zu F 5 gefolgt.
		E6.2	Das Jugendamt sollte im Zuge der Implementierung der neuen Jugendamtsoftware zeitnah auf die elektronische Aktenführung umstellen, um Mehrarbeit zu vermeiden.	Der Empfehlung wird gefolgt.
F7	Die Stadt Geilenkirchen verfügt nicht über eine Prozessbeschreibung des Hilfeplanverfahrens. Jedoch unterstützen standardisierte Vordrucke die ASD-Kräfte im Hilfeplanprozess und tragen zu einer einheitlichen Sachbearbeitung bei. Das schafft eine gewisse Transparenz bei der Bewilligung und Begleitung von Hilfen zur Erziehung. Die Einbindung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse im Hilfeplanverfahren zeigt Optimierungspotenzial.	E7.1	Die Stadt Geilenkirchen sollte Verfahrensstandards für das Hilfeplanverfahren mit Zuständigkeiten, Abläufen und Fristen für die Bearbeitung formulieren und verbindlich festlegen.	Der Empfehlung wird vor dem Hintergrund der Ausführungen zu F 5 gefolgt.
		E7.2	Die Stadt Geilenkirchen sollte die WiJu intensiver in Fallbesprechungen und –entscheidungen des ASD einbeziehen. Dadurch kann die Wirtschaftlichkeit der Hilfe zur Erziehung stärker in den Fokus genommen werden.	Die wirtschaftliche Jugendhilfe wird künftig in laufenden Fällen die Einhaltung der zu erarbeitenden standardisierten Bearbeitungsschritte des ASD mitüberwachen.
F8	Die Stadt Geilenkirchen steuert und betreut die HzE-Hilfefälle aus der gelebten Praxis heraus und kann sich nur zum Teil auf strukturierte Prozesse im Hilfeplanverfahren stützen. Dennoch erfüllt sie in weiten Teilen die durch die gpaNRW vorgegebenen Verfahrensstandards. Insbesondere die Fallsteuerung bei den stationären Hilfen zeigt Optimierungsbedarf hinsichtlich des Anbieterverzeichnisses.	E8	Die Stadt Geilenkirchen sollte auch für die stationären Leistungsanbieter ein detailliertes Anbieterverzeichnis erstellen und pflegen, welches allen Fachkräften möglichst digital zur Verfügung steht. Es sollte Informationen über das Leistungsangebot, die Kosten bzw. Betreuungspauschalen für stationäre Leistungen sowie die Erfahrungen des Jugendamtes mit dem Leistungsanbieter enthalten. Auch Informationen zu Rückführungs- und Verselbständigungskonzepten sind sinnvoll.	Der Empfehlung wird vor dem Hintergrund der Ausführungen zu F 5 gefolgt.

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F9	<p>Kostenerstattungsansprüche werden in Geilenkirchen stringent verfolgt und realisiert. Die Arbeitsabläufe basieren jedoch nicht auf definierten Prozessen und Standards.</p>	E9	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte Standards für das Aufgabenportfolio der WiJu entwickeln, verschriftlichen und deren Einhaltung verbindlich regeln.</p>	<p>Die wirtschaftliche Jugendhilfe hat inzwischen Prozessstandards, die vor Aufnahme eines Neufalles und während der laufenden Bearbeitung zu beachten sind, festgelegt. Hierdurch entsteht weitere Sicherheit im Erkennen und Umsetzen von Zuständigkeitswechseln bzw. Kostenerstattungsansprüchen.</p> <p>Personalbemessungen im ASD wurden bisher in Anwendung der entsprechenden Empfehlungen der Landesjugendämter, des DIJuF und der GPA (30 HzE – Fälle pro VZÄ) vorgenommen. Hierbei erweist es sich stets als schwierig, zu jeder Zeit den erforderlichen Personalbestand vorzuhalten. Hintergründe sind die hohe Fluktuation durch Elternzeiten, die Rückkehr von Fachkräften nach Elternzeit, die Erfüllung von Teilzeitwünschen und die Bemühungen, bewährte Vertretungskräfte durch Entfristung ihrer Arbeitsverträge an die Stadt Geilenkirchen zu binden. Der Empfehlung, den Bedarf u. a. vor dem Hintergrund der zu entwickelnden Prozessoptimierung neu zu bemessen, wird gefolgt. Hierbei müssen auch Strategien entwickelt werden, dem Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich zu begegnen. Dieser zeigt sich aktuell bereits sehr gravierend dadurch, dass im ASD eine Stelle 1,5 Jahre nicht besetzt werden konnte. Es muss daher auch alles getan werden, bewährte Fachkräfte, die als Elternzeitvertretung befristet eingestellt wurden, durch das Angebot eines unbefristeten Vertrages an die Stadt zu binden. Hierzu müsste eine weitere „taktische“ Stelle eingerichtet werden, die ggf. übergangsweise besetzt werden kann in einer Phase, in der eine Fachkraft per Entfristung des Vertrages gehalten wird, obwohl nach einigen Monaten die (Teilzeit-) Rückkehr einer Mitarbeiterin aus Elternzeit erwartet wird. Erfahrungsgemäß besteht eine so geschaffene Überbesetzung nur kurz, da sich im ASD praktisch in jedem Jahr mindestens eine Elternzeit ergibt.</p> <p>Das Jugendamt wird der Empfehlung der GPA folgen und die Arbeitsprozesse bei den Hilfen zur Erziehung neugestalten, wobei auch die wirtschaftliche Jugendhilfe intensiver eingebunden wird. Folglich wird auch die Stellenbemessung an den erweiterten Aufgabenbereich angepasst. Hinsichtlich der Feststellungen zur bestehenden Personalausstattung wird der Zählweise der GPA nicht gefolgt. Die GPA zählt jeden Hilfeplan als einen Fall, auch wenn sich aus der Hilfeplanung die Leistung für mehrere Kinder der Familie, zum Teil in unterschiedlichen Ausgestaltungen und möglichen Kombinationsleistungen (stationär und ambulant für ein Kind) ergibt. Der Arbeitsanfall ist in diesen Fällen nahezu gleich wie bei mehreren Fällen aus verschiedenen Familien.</p>
F10	<p>Eine Vollzeit-Fachkraft im ASD der Stadt Geilenkirchen bearbeitet im Vergleichsjahr 2019 mehr Fälle als in Dreiviertel der Vergleichskommunen. Eine aktuelle Personalbemessung für den ASD gibt es in Geilenkirchen nicht.</p>	E10	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte im Zuge der Prozessoptimierung und Fortschritte in der digitalen Bearbeitung durch die neuen Softwaremodule die Personalressourcen im ASD überprüfen und bei Bedarf anpassen.</p>	
F11	<p>Die Anzahl der Hilfefälle je Vollzeitstelle in der WiJu ist etwas geringer als in der Hälfte der Vergleichskommunen. Die Stadt Geilenkirchen begründet dies mit Personalwechseln, Einarbeitungsphasen und dem ausschließlichen Einsatz von Teilzeitkräften in der WiJu.</p>	E11	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte vorhandene Personalressourcen in der WiJu für die Prozessoptimierung einsetzen. Im Anschluss daran sollten das Aufgabenportfolio angepasst und eine Stellenbemessung durchgeführt werden.</p>	

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F12	<p>Die überwiegende Zahl der Vergleichskommunen ist durch die Aufwendungen für die Hilfe zur Erziehung geringer belastet, was auf einen hohen Anteil an stationären Hilfen in Geilenkirchen zurückzuführen ist. Mehr als die Hälfte dieser stationären Fälle sind kostenintensive Heimfälle. Der Anteil an kostengünstigen ambulanten Hilfsmaßnahmen ist in Geilenkirchen dagegen vergleichsweise gering.</p>	E12	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte die Gründe für den Kostenanstieg bei den stationären Fällen eruieren und nach Möglichkeit gegensteuern.</p>	<p>Selbstverständlich eruiert das Fachamt die Gründe für den Kostenanstieg und bezieht auch regelmäßig den Jugendhilfeausschuss und zuletzt (im Mai 2021) den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur in die Erkenntnisse ein. Ursächlich für starke Kostenanstiege und auch Phasen der finanziellen Entlastung bei den Hilfen zur Erziehung war zu jeder Zeit die Sozialstruktur in der Stadt, die jeweils Phasen eines Überangebotes an einfachem familiengerechtem Wohnraum folgte. So führte im Jahr 2010 die Sanierung eines Wohnblocks mit 110 Wohnungen, für die es in Geilenkirchen keinen Bedarf gab, zum Zuzug zahlreicher Familien in einer riskanten sozialen Situation. Die Folge war im selben Jahr ein bleibender Kostenanstieg von 1 Mio. €. Das Fachamt appellierte regelmäßig an die Politik, ein Überangebot an einfachem familiengerechtem Wohnraum zu vermeiden. Dass diese Handlungsweise erfolgreich ist, zeigte sich am Beispiel der Fliegerhorstsiedlung, deren Bewohnerschaft 2 % der Bevölkerung Geilenkirchens ausmachte, aber 14 % unterschiedlichster Sozialleistungen, auch Hilfen zur Erziehung, beanspruchte. Seit Umsetzung der politischen Entscheidungen zur Sanierung der Siedlung, bei der zahlreiche Wohnungen aus dem Angebot genommen wurden, entwickelte sich die Sozialstruktur zum üblichen Niveau. Der Ausschuss für Bildung, Soziales und Sport hat es sich inzwischen zur Daueraufgabe gemacht, das Wohnungsangebot bedarfsgerecht umzugestalten.</p>	
F13	<p>Die Stadt Geilenkirchen profitiert bei der Falldichte von einem starken Rückgang der UMA-Fallzahlen im stationären Bereich sowie einer Reduzierung der ambulanten Hilfen. Gleichwohl ist die Falldichte im Vergleichsjahr 2019 höher als in 50 Prozent der Vergleichskommunen.</p>	E13	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte hinsichtlich der Fallzahlenentwicklung bei den eigenen Fällen Gegenmaßnahmen ergreifen. Diese können aus der Optimierung von Laufzeiten der Hilfen oder präventive Maßnahmen resultieren.</p>		<p>Die UMA – Fallzahl ist hinsichtlich der Kostenbelastung der Stadt nicht relevant, da die Aufwendungen zu 100 % einschließlich des Verwaltungsaufwandes erstattet werden. Die höhere Falldichte erklärt sich möglicherweise dadurch, dass die Entwicklung der jungen Menschen zu einem überdurchschnittlichen Anteil erfolgreich verlaufen ist und daher überdurchschnittlich viele Hilfen nach Erreichen der Volljährigkeit weitergeführt wurden, um ein begonnenes Ausbildungsverhältnis zu unterstützen. Diese Fälle wurden im Hinblick auf die Kostenerstattung jeweils mit dem Landesjugendamt abgestimmt.</p>
F14	<p>Der vergleichsweise niedrige Anteil an kostengünstigeren ambulanten Hilfefällen wirkt sich in der Stadt Geilenkirchen belastend auf den Fehlbetrag aus.</p>	E14	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte bei der Stabilisierung der Falldichte den Ausbau eines hohen Anteils bei den ambulanten Hilfefällen anstreben und einen Zielwert vorgeben.</p>		<p>Der Feststellung wird nicht zugestimmt. Der geringe Anteil an kostengünstigen ambulanten Hilfsmaßnahmen ist das Ergebnis der Anwendung der sozialpädagogischen Diagnostik. Durch diese Arbeitsmethodik konnte die Zahl und die durchschnittliche Dauer der Hilfen in ambulanter Ausgestaltung deutlich reduziert werden. Hierdurch fand aber keine Verlagerung von Hilfen in stationäre Ausgestaltung statt. Seitens der freien Träger der Jugendhilfe bestehen ausreichend Angebote, und damit immer genügend Möglichkeiten, einen Hilfefall, sofern dieser dafür in Betracht kommt, auch tatsächlich in ambulanter Form zu leisten. Viel schwieriger ist die Situation bei den Anbietern stationärer Hilfen. Hier ist der Bedarf der Jugendämter größer als das Angebot, so dass vor allem im intensivpädagogischen Bereich oft sehr schwer eine Einrichtung zu finden ist. Das Jugendamt wird den im Bericht ausführlich gegebenen Empfehlungen folgen und eine Standardisierung der Arbeits- und Entscheidungsprozesse erarbeiten, um frühestmögliche Beendigungen der stationären Hilfen sicherzustellen. In diesen Prozess wird, wie oben ausgeführt, auch die wirtschaftliche Jugendhilfe einbezogen.</p>

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F15	Ein niedriger Anteil an Vollzeitpflegefällen an den stationären Hilfefällen belastet in der Stadt Geilenkirchen den Fehlbetrag der Hilfe zur Erziehung je Einwohner unter 21 Jahre stärker als in der Mehrzahl der Vergleichsstädte und führt auch zu vergleichsweise hohen Aufwendungen je Hilfefall.	E15	Nach Möglichkeit sollte die Stadt Geilenkirchen den Anteil der Vollzeitpflege als günstige Alternative zu den anderen stationären Hilfen weiter ausbauen und einen Zielwert vorgeben.	Der Feststellung wird zugestimmt. Der Empfehlung wird gefolgt. Jedes Jugendamt strebt einen möglichst hohen Anteil der stationären Hilfen in Form der Vollzeitpflege an. Anders als in den Ausführungen zu F 14 zur Heimerziehung beschrieben, ist es hier so, dass einzelne Kinder nicht in Pflegefamilien untergebracht werden können, obwohl die Fallkonstellation dies gebietet, weil leider nicht genügend Pflegefamilien zur Verfügung stehen. In diesen Fällen erfolgen Unterbringungen in familienähnlich ausgestatteten Einrichtungen, die höhere Einzelfallkosten bewirken. Der Pflegekinderdienst konnte in den letzten zwei Jahren pandemiebedingt nur sehr eingeschränkt die Netzwerkarbeit mit den Pflegefamilien durchführen. Wertschätzende Gemeinschaftsveranstaltungen für die Familien fielen ebenfalls aus und somit ergaben sich auch kaum Weiterempfehlungen an Bekannte und Verwandte, sich mit dem Thema Aufnahme eines Pflegekindes zu befassen. Das Jugendamt plant für die Zeit nach Beendigung der Corona-Einschränkungen eine Kampagne, die Vernetzung der Pflegefamilien zu beleben und dafür zu werben, die Beratung des Jugendamtes zu suchen, um ggf. eine Entscheidung für die Aufnahme eines Pflegekindes zu treffen. Ein neues Argument in der Beratung von Interessenten ergibt sich durch die Regelungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, durch das der Bestand eines Pflegeverhältnisses stärker abgesichert wird.
F16	75 Prozent der Vergleichskommunen erzielen bei der SPFH niedrigere Aufwendungen je Hilfefall. Das ist insbesondere auf eine vergleichsweise hohe Anzahl an Hilfefällen mit einer langen Verweildauer zurückzuführen.	E16	Die Stadt Geilenkirchen sollte bei der SPFH auf eine Reduzierung der langen Betreuungszeiten hinwirken und entsprechende Ziele im Hilfeplanverfahren vereinbaren, diese dokumentieren und auswerten.	Der Feststellung und der Empfehlung wird zugestimmt. Das aufgezeigte Problem wurde im Jahr 2018 mit Einführung der sozialpädagogischen Diagnostik (siehe Ausführungen zu F 14) erfolgreich angegangen und führte in den Folgejahren zu erheblichen Einsparungen: Ergebnis 2018: 635.000 € Ergebnis 2019: 455.000 € Ergebnis 2020: 427.000 € Ansatz 2021: 450.000 € Ansatz 2022: 400.000 €
F17	Im Jahr 2019 überwiegen in der Stadt Geilenkirchen die Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII mit Kostenerstattungsanspruch. Die Aufwendungen je Fall für die eigenen Pflegekinder sind in Geilenkirchen aufgrund der Gewährung von zusätzlichen ambulanten Hilfen und der Unterbringung von derzeit fünf Kindern in kostenintensiven professionellen Erziehungsstellen vergleichsweise hoch.	E17.1	Die Stadt Geilenkirchen sollte hinterfragen, warum seit 2017 immer weniger Kinder durch das Jugendamt in Vollzeitpflegeverhältnisse vermittelt werden können und Maßnahmen ergreifen, um die Vollzeitpflege auszubauen.	Der Feststellung und den Empfehlungen wird zugestimmt. Hierzu wird auf die Ausführungen zu F 15 verwiesen.
		E17.2	Die Stadt Geilenkirchen sollte bei zukünftigen Prozesskontrollen die Vollzeitpflegefälle stärker in den Fokus nehmen.	Der Empfehlung wird gefolgt. Hierzu wird auf die Ausführungen zu E 15 verwiesen.

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F18	<p>Die Heimunterbringungen in der Stadt Geilenkirchen sind geprägt durch teure Intensivfälle und Zusatzleistungen und verursachen deutlich höhere Aufwendungen je Hilfefall als in den meisten Vergleichskommunen. Außerdem führen steigende Fallzahlen und sinkende Rückführungsquoten zu einer hohen Falldichte und belasten den Fehlbetrag.</p>	E18.1	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte die Zugangssteuerung bei den Heimfällen, die Auswahl der Leistungsanbieter sowie den Rückgang an Rückführungen hinterfragen und geeignete Maßnahmen ergreifen, um gegenzusteuern.</p>	<p>Der Feststellung wird zugestimmt. Die Problematik nimmt im Jugendamt auch wegen der hohen finanziellen Auswirkungen großen Raum ein. Auch der Jugendhilfeausschuss wurde in zahlreichen Sitzungen in die Thematik einbezogen und fordert ebenso den Ausbau präventiver Hilfen. Bei Betrachtung der besonders kostenintensiven Fälle zeigt sich leider häufig, dass das Jugendamt im Vorfeld der Installation einer teuren Hilfeausgestaltung keine oder kaum Einflussmöglichkeiten hatte. So ist die Stadt Geilenkirchen im letzten Jahr durch Zuzug eines teilsorgeberechtigten Elternteils nach Geilenkirchen für die Hilfe einer "Systemsprengerin" in einer Phase zuständig geworden, als kein Heim mehr zur Aufnahme der Jugendlichen bereit war. In anderen Fällen versucht das Jugendamt über Jahre vergeblich, mittels ambulanter Hilfen die Entwicklung positiv zu beeinflussen. Die aus Sicht des Jugendamtes erforderliche stationäre Ausgestaltung wird in dieser Phase familiengerichtlich für nicht verhältnismäßig erachtet und das Jugendamt kann zusehen, wie sich die Auffälligkeiten soweit aufschaukeln, dass eine geeignete "übliche" stationäre Hilfe nicht mehr möglich ist. Wie bereits oben ausgeführt, übersteigt im Bereich der Heimerziehung der Bedarf das Angebot, so dass die Auswahl der Anbieter, anders als bei den ambulanten Hilfen, nicht so erfolgen kann, wie es wünschenswert wäre. Angesichts der oben beschriebenen Veränderungen der Arbeitsbedingungen in personeller und organisatorischer Hinsicht (Fluktuation, Teilzeit, Homeoffice) wird der Empfehlung der GPA unverzüglich gefolgt, und ein Verzeichnis der Leistungsanbieter erstellt, welches auch die Erkenntnisse und Erfahrungen zur Qualität und Ausrichtung beinhaltet. Hierdurch wird sichergestellt, dass bei der Bearbeitung schnellst- und bestmöglich trotz der eingeschränkten Auswahl der günstigste Anbieter gefunden wird.</p>
		E18.2	<p>Um die Verweildauer zu verkürzen, sollte bei den Unterbringungen nach § 34 SGB VIII eine intensivere Rückführungs- und Verselbständigungsarbeit durch die ASD-Fachkräfte betrieben werden.</p>	<p>Das Jugendamt wird den im Bericht ausführlich gegebenen Empfehlungen folgen und eine Standardisierung der Arbeits- und Entscheidungsprozesse erarbeiten, um frühestmögliche Beendigungen der stationären Hilfen sicherzustellen. In diesen Prozess wird, wie oben ausgeführt, auch die wirtschaftliche Jugendhilfe einbezogen.</p>
F19	<p>Hohe Aufwendungen bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII entstehen der Stadt Geilenkirchen für die Integrationshelfer/Schulbegleitungen und für kostenintensive stationäre Unterbringung bei 1,20 Fällen. Insgesamt sind die fallbezogenen Transferaufwendungen bei der Eingliederungshilfe aber noch vergleichsweise niedrig. Die Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung durch den Spezialdienst ist sehr detailliert und fundiert. Rund zehn Prozent der Anträge werden abgelehnt. Die Falldichte ist geringfügig höher als in der Hälfte der Vergleichskommunen.</p>	E19	<p>Die Stadt Geilenkirchen sollte nach Möglichkeit weitere Poollösungen für Integrationshelfer auch an den eigenen Grundschulstandorten anstreben.</p>	<p>Der Empfehlung wird gefolgt. Der empfohlene Ausbau von Poollösungen befindet sich bereits in Zusammenarbeit mit den anderen Jugendämtern im Kreis in der Planung.</p>

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F20	Bei den Hilfen für junge Volljährige hat die Stadt Geilenkirchen 2019 im stationären Bereich hohe Aufwendungen je Hilfefall. Dies ist auf fehlende Standards bei der Prüfung der Anträge auf Hilfen für junge Volljährige zurückzuführen. Hier sollte die Stadt Geilenkirchen ihre Prozesse optimieren.	E20	Das Jugendamt sollte auch für die Arbeit mit den jungen Volljährigen gesonderte Verfahrensstandards erarbeiten und verbindlich festlegen. Dabei sollte den hohen Kosten bei Heimunterbringungen entgegen gewirkt werden. Prozesskontrollen sollten die Einhaltung der neuen Standards überprüfen.	Der Empfehlung wird gefolgt.
Bauaufsicht				
F1	Die Stadt Geilenkirchen führt ihre Bauberatung serviceorientiert und bürgerfreundlich durch. Bezüglich des Serviceangebotes im Internet sehen wir noch Optimierungsmöglichkeiten.	E1	Die Stadt Geilenkirchen sollte zeitnah den Internetauftritt der Bauaufsicht ausbauen, indem sie Erläuterungen zu deren Dienstleistungen sowie Vorabinformationen und Antragsformulare für Bauherren online zur Verfügung stellt. Eine Verbesserung der Aufklärung künftiger Bauherren kann dazu beitragen, den Anteil der zurückgenommenen Bauanträge zu verringern.	Der Internetauftritt einschließlich Serviceportal der Stadt Geilenkirchen wird z.Z. überarbeitet. Im Serviceportal werden die Dienstleistungen der Bauaufsicht aufgeführt und erläutert werden. Sachbearbeiter und Ansprechpartner und ihre Kontaktdaten werden benannt.
F2	Der Prozessablauf ist durch vorgegebene Standards einheitlich geregelt. Weitere Optimierungen strebt die Stadt durch eine Neustrukturierung der Verantwortungsbereiche an.	E2	Die Stadt Geilenkirchen sollte auch bei der Neustrukturierung der Verantwortungsbereiche darauf achten, die Zuständigkeiten der Sachbearbeitenden regelmäßig zu wechseln. Die flexible Zuordnung der Anträge wie auch die Einführung des Rotationsverfahrens unterstützt eine effektive Korruptionsprävention.	Jedem Sachbearbeiter wird in Kürze ein genau definiertes Sachgebiet zugeteilt. Die Sachgebietsleiter werden nach einer gewissen Zeit rotationsmäßig wechseln.
F3	Die Stadt Geilenkirchen kann die Laufzeiten bislang nicht getrennt nach den jeweiligen Verfahrensarten auswerten. Beim Gesamtdurchschnitt erreicht die Stadt einen positiv niedrigen Wert.	E3	Die Stadt Geilenkirchen sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, die Laufzeiten der Bauanträge (ab Vollständigkeit und Gesamtlaufzeiten) gesondert nach den jeweiligen Genehmigungsverfahren auswerten zu können. Damit werden Optimierungsbedarfe im Soll-Ist-Vergleich und im interkommunalen Vergleich erkennbar.	Das bei der Bauaufsicht verwendete Softwareprogramm ProBauG der Firma Prosoz wurde durch den zuständigen Administrator dahingehend eingestellt, dass nunmehr eine Auswertung getrennt nach Verfahrensarten möglich ist.
F4	Die Stadt Geilenkirchen weist bei der Bearbeitung von Bauanträgen im Jahr 2019 nahezu durchschnittliche Leistungswerte auf. Der Kennzahlenwert der Stadt verringert sich gegenüber dem Vorjahr, da sich die Fallzahlschwankungen durch den gleichbleibenden Personaleinsatz entsprechend auswirken.	E4	Die Stadt Geilenkirchen sollte zukünftig die Fallzahlen zu Bauanträgen, Vorlagen im Freistellungsverfahren und förmlichen Bauvoranfragen in Relation zum Personaleinsatz setzen. Zusammen mit weiteren Kennzahlen, z.B. zu den Laufzeiten, kann sie so die Auslastung des Personals umfassend dokumentieren und analysieren sowie frühzeitig auf Unter- oder Überlastungen reagieren.	Bei den angedachten Sachgebieten mit festem Sachgebietsleiter werden die Fallzahlen getrennt nach Verfahrensarten am Ende eines jeden Jahres in Relation zum Personaleinsatz gesetzt und miteinander verglichen, so dass bei Bedarf in den Zuständigkeitsbereichen nachgesteuert werden kann.
F5	Die Stadt Geilenkirchen setzt eine fachspezifische Software zur Bearbeitung der Bauanträge ein. Die Möglichkeiten einer elektronischen Unterstützung des Baugenehmigungsprozesses nutzt sie noch nicht vollumfänglich. Geilenkirchen beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine elektronische Antragsannahme und -bearbeitung einzuführen.	E5	Die Stadt Geilenkirchen sollte die Planung zur Digitalisierung des Bauantragsverfahrens und des Papieraktenarchivs zeitnah vorantreiben. So kann sie das Genehmigungsverfahren weiter optimieren und Bauanträge vollständig medienbruchfrei bearbeiten und archivieren.	a) Digitales Baugenehmigungsverfahren • Im Bauportal NRW ist die Stadt Geilenkirchen z.Z. mit der Option 3b registriert. • Vom Softwareanbieter Prosoz liegt der Stadt Geilenkirchen ein Angebot für die Option 1 und 2 zur Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens vor. Sobald die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, wird die Software-Schnittstelle beschafft.

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F6	Die Bauaufsicht der Stadt Geilenkirchen hat Ziele zur Aufgabenerfüllung mit den Beschäftigten festgelegt. Sie könnte die Steuerung verbessern, indem sie Qualitätsstandards definiert und Kennzahlen bildet.	E6	Die Stadt Geilenkirchen sollte Qualitätsstandards definieren und deren Einhaltung mittels Kennzahlen überprüfen, damit Optimierungsmöglichkeiten im Soll-Ist-Vergleich erkennbar werden. Dazu kann sie beispielsweise die im Rahmen dieser Prüfung ermittelten Kennzahlen fortschreiben.	b) Digitales Bauaktenarchiv • Es wurden Angebote zur Digitalisierung des gesamten Bauaktenarchivs eingeholt und entsprechende Haushaltsmittel angemeldet. Je nach zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wird sukzessive mit der Digitalisierung des Bauaktenarchives in diesem Jahr begonnen.
Vergabewesen				
F1	Das örtliche Rechnungsprüfungsamt ist in der Stadt Geilenkirchen gut in das Vergabeverfahren eingebunden. Zu einzelnen Aspekten gibt es noch Verbesserungsmöglichkeiten.	E1	Die Stadt Geilenkirchen sollte die verfassten Regelungen hinsichtlich der Einbindung der örtlichen Rechnungsprüfung bei der Durchführung von Vergabeverfahren ergänzen. Zudem sollte sie Regelungen aufnehmen, dass das Rechnungsprüfungsamt über Abnahmetermine informiert wird und dass es sich vorbehalten kann, an diesen Terminen teilzunehmen.	Die Empfehlung wird für sinnvoll erachtet. Die Dienstanweisung zum Vergabewesen wurde bereits zum 01.01.2022 angepasst.
F2	Die Vorgaben des Korruptionsbekämpfungsgesetzes werden von der Stadt Geilenkirchen im Wesentlichen erfüllt. Die gpaNRW sieht noch Optimierungsmöglichkeiten.	E2.1	Die Stadt Geilenkirchen sollte unter Einbeziehung der Bediensteten eine aktuelle Gefährdungsanalyse durchführen. Dadurch werden neue Erkenntnisse über mögliche Schwachstellen bekannt und die Bediensteten haben die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen.	Die Empfehlung wird umgesetzt.
		E2.2	Die Stadt Geilenkirchen sollte die Veröffentlichung der Auskünfte gemäß § 16 KorruptionsbG durchführen. Zudem sollte die Stadt die Zuständigkeiten für die Veröffentlichungen nach §§ 16 und 17 KorruptionsbG in ihre Dienstanweisung aufnehmen.	Die Empfehlung wird umgesetzt.
F3	Die Stadt Geilenkirchen hat bisher keine allgemeinen Regelungen zum Sponsoring getroffen. Sie nutzt nur selten Sponsoring als Finanzierungsquelle. Vereinbarungen zu Sponsoringleistungen hält die Stadt in Sponsoringverträgen fest.	E3	Die Stadt Geilenkirchen sollte Regelungen zum Sponsoring für alle Beschäftigten verbindlich in einer Dienstanweisung festlegen. Darüber hinaus sollten die Öffentlichkeit und der Rat der Stadt jährlich über Sponsoringleistungen unterrichtet werden. Mit einer regelmäßigen Zusammenstellung sämtlicher Sponsoringleistungen erhält die Stadt zudem einen Gesamtüberblick über ihre Sponsoringvereinbarungen.	Die Empfehlung wird umgesetzt.

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

F4	Die Stadt Geilenkirchen hat wesentliche Elemente eines systematischen Bauinvestitionscontrollings bereits eingeführt. Zu einzelnen Aspekten gibt es noch Verbesserungspotential.	E4.1	Die Stadt Geilenkirchen sollte bei komplexen Investitionsmaßnahmen ihr bestehendes Vorgehen zu einem vollumfänglichen Bauinvestitionscontrolling ausbauen indem sie die Steuerung, Koordination und Überwachung für den gesamten Projektablauf zentral organisiert.	Die Empfehlung wird umgesetzt.
		E4.2	Die Stadt Geilenkirchen sollte Regelungen und Kriterien zum Bauinvestitionscontrolling (BIC) in einer Dienstanweisung festschreiben. So kann sie das bestehende BIC weiter optimieren.	Die Empfehlung wird umgesetzt.
F5	Die Stadt Geilenkirchen verfügt über ein zentrales Nachtragsmanagement. Die Abläufe zum Nachtragswesen sind gut geeignet, Nachträge nachvollziehbar und transparent abzuwickeln. Eine zentrale Erfassung sowie eine Auswertung der Nachträge und Abweichungen findet nicht statt.		Die Stadt Geilenkirchen sollte die fixierten Regelungen hinsichtlich der Einbindung der örtlichen Rechnungsprüfung bei der Beauftragung von Nachtrags- und Ergänzungsleistungen ergänzen. Zudem sollte sie ihr zentrales Nachtragsmanagement weiter ausbauen. Dazu gehört nach Ansicht der gpaNRW auch eine systematische Auswertung der Nachträge hinsichtlich Höhe und beteiligter Unternehmen.	Mit der Änderung der Dienstanweisung zum Vergabewesen zum 01.01.2022 wurden Regelungen zum Nachtragswesen aufgenommen. Die Empfehlung, das Nachtragsmanagement weiter auszubauen, wird umgesetzt, sobald die personellen Kapazitäten hierfür geschaffen wurden.